



## **IG BAU begrüßt EuGH-Urteil zu mehr Rechten für ausländische Leiharbeiter – und fordert Ende von Briefkastenfirmen**



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat jetzt die Rechte von in Deutschland tätigen ausländischen Leiharbeitern gestärkt. Nach einem jetzt gefällten Urteil müssen sie hier sozialversichert sein, wenn ihr Arbeitgeber nur formal im EU-Ausland seinen Sitz hat.

"Ich freue mich über dieses Urteil außerordentlich, ich hoffe, dass das das Ende von einschlägigen Briefkastenfirmen ist", sagt Robert Feiger, Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Er fordert, dass nun schnelle Konsequenzen aus dem Urteil gezogen werden. "Es braucht mehr Kontrollen in Deutschland und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Behörden in der EU. Sollten solche Scheinfirmen ausfindig gemacht werden, muss es schnelle Verfahren geben, die dazu führen, dass entsandte Beschäftigte in Deutschland voll sozialversichert werden." Das Urteil könne auch Auswirkungen auf entsandte Arbeitnehmer\*innen haben. Gerade in der Bauwirtschaft habe man es regelmäßig mit Unternehmen zu tun, die in ihren Heimatländern, wie beispielsweise Slowenien, überhaupt keine Bauaufträge ausführen. Sie stellten Beschäftigte nur mit dem Ziel ein, sie nach Deutschland zu entsenden. Die Beschäftigten seien dann gar nicht oder nur unzureichend krankenversichert und würden oftmals nicht einmal Rentenansprüche erwerben.



Nach den aktuellen Zahlen von SOKA-BAU, der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien der Bauwirtschaft, werden jährlich mehr als 80 000 Arbeitnehmer\*innen auf Baustellen nach Deutschland entsandt. Bei vielen diesen Entsendunternehmen bestehen erhebliche Zweifel, dass sie in ihren Heimatländern einer nennenswerten Tätigkeit nachgehen. "Das ist Lohndumping auf dem Rücken der Beschäftigten, außerdem entsteht den deutschen Sozialversicherungen erheblicher Schaden", sagt Feiger.

Der EuGH musste entscheiden, ob ein Beschäftigter des Leiharbeitsunternehmens Team Power Europe in Bulgarien sozialversichert werden kann, obwohl er nach Deutschland entsandt wurde. Der EuGH stellte fest, dass das Leiharbeitsunternehmen keine nennenswerte Tätigkeit in Bulgarien ausübt, da sein gesamter Umsatz im EU-Ausland gemacht wird. Die reine Rekrutierung und Vermittlung von Personal nach Deutschland ist nicht als nennenswerte Tätigkeit anzusehen. Damit kann der Beschäftigte nicht unter das bulgarische Sozialversicherungsrecht fallen. Eine andere Auslegung würde „die Sozialversicherungssysteme der Mitgliedsstaaten und letztlich möglicherweise auch das von den Systemen gebotene Schutzniveau unter einen Abwärtsdruck setzen,“ so der EuGH in seiner Urteilsbegründung.

## Lokalkompass

# NRW-Schulen sollen durchstarten

Nach Ferien „volle Präsenz“ geplant. Grünes Licht für Einschulungsfeiern und Fahrten

Von Tobias Blasius

**Düsseldorf.** Die rund 2,5 Millionen Schüler in NRW sollen nach den Sommerferien wieder einen weitgehend normalen Unterrichtsalltag erleben. „Wir starten in das neue Schuljahr 2021/22 genauso, wie wir das aktuelle Schuljahr nächste Woche verabschieden werden“, stellte NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) am Freitag klar. Für den Schulbetrieb ab dem 18. August gelte „volle Präsenz“ und Unterricht „nach Stundentafel in vollem Umfang“, so die Ministerin.

Trotz weiter sinkender Corona-Infektionszahlen war zuletzt wieder eine Debatte über die Risiken des Präsenzunterrichts entbrannt. Hintergrund sind Probleme mit der Delta-Virusvariante unter Jugendlichen in Ländern wie Israel, die in der Pandemie-Bekämpfung weiter

waren als Deutschland. „Wir starten unabhängig des Inzidenzgeschehens – außer wir erwarten dramatische Entwicklungen, wovon ich heute nicht ausgehe“, so Gebauer.

Es werde weiterhin getestet, auch um den größtmöglichen Schutz auch jener Kinder sicherzustellen, „die nicht geimpft werden können oder wollen“, so die Ministerin. Der Impfstatus von Schülern oder Lehrern dürfe schon aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erhoben

werden. Da die Ständige Impfkommission und viele Kinderärzte eine Impfung von Schülern nur bei Vorerkrankungen und persönlichen Risiken empfehlen, muss die Landesregierung damit rechnen, dass im Herbst kein nennenswerter Teil der Minderjährigen geschützt ist.

Die Maskenpflicht im Schulgebäude soll nach den Ferien nur noch für einige „Tage der Vorsicht“ beibehalten werden, um mögliche Auswirkungen von Reiserückkeh-

rem auf das Infektionsgeschehen abzuwarten. Dann will Gebauer kritische Bilanz ziehen: „Das Tragen der Maske steht von Beginn unter einer strengen Beobachtung und auf dem Prüfstand.“ Man wolle „so schnell wie möglich wieder freie Sicht auf und freies Sprechen für unsere Kinder.“ Der Verband „Lehrer NRW“ lobte die Entscheidung als „umsichtig im Sinne eines sicheren Schulbetriebs“.

Planungssicherheit gibt es schon jetzt für Einschulungsfeiern, Klassenfahrten oder Austausch-Programme. Obwohl zur Einschulung meist Hunderte Menschen und viele unterschiedliche Familien mitunter aus ganz Deutschland zusammenkommen, sagte Gebauer: „Zu den Einschulungsfeiern müssen keine Tests vorgelegt werden.“ Alles soll ab Mitte August wieder ganz normal stattfinden. *Komm. Meinung*

### Ayla Çelik – neue Vorsitzende der GEW NRW

■ Eine neue Vorsitzende hat die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in NRW**. Der Landesvorstand wählte am Freitag mit 93 Prozent der Stimmen Ayla Çelik (52), die bislang und seit

Mai 2019 stellvertretende Landesvorsitzende der GEW war.

■ Ihre **Vorgängerin Maike Finnen** hatte Anfang Juni den GEW-Bundesvorsitz übernommen.